

INTERNATIONAL IDEA PRESSEMITTEILUNG

UNTER SPERRFRIST BIS 15. September 2026, 00:01 GMT

Globaler Demokratiebericht: Rechtsstaatlichkeit erodiert, USA fallen auf ein 50-Jahres-Tief

Demokratische Rückschritte erhöhen das Risiko gewaltsamer Konflikte

BRÜSSEL/STOCKHOLM – Die weltweite Schwächung der Rechtsstaatlichkeit und die beispiellosen Rückgänge in den Vereinigten Staaten trüben die Aussichten für die Demokratie weltweit. Das geht aus einem Bericht des International Institute for Democracy and Electoral Assistance (International IDEA) hervor.

Zentrale Indikatoren der US-Demokratie – von der Pressefreiheit bis zur Unabhängigkeit der Justiz – sind auf den niedrigsten Stand seit 50 Jahren gefallen. Die Folgen sind weltweit zu spüren. Washingtons Rückzug aus der regelbasierten internationalen Ordnung hat das Vertrauen in den Multilateralismus geschwächt und autoritäre Machthaber und Populisten bestärkt.

Der Bericht „The Global State of Democracy 2026: Democracy in an Age of Conflict“ warnt, dass demokratische Rückschritte innerstaatliche und internationale Konflikte begünstigen. Politisch fragile Länder, die weitere Rückschritte erleben, sind diesem Risiko besonders ausgesetzt.

„Über Jahrzehnte hinweg hat die Rechtsstaatlichkeit sowohl im Inneren als auch in der internationalen Ordnung die Widerstandsfähigkeit von Demokratien untermauert“, sagte Kevin Casas-Zamora, Generalsekretär von International IDEA. „Nun schwächt der rasche demokratische Rückgang in den USA die Unabhängigkeit der Justiz und trägt zur Fragmentierung des internationalen Systems bei– und bedroht damit die Demokratie weltweit.“

2025 war Stagnation der vorherrschende Trend in der demokratischen Entwicklung. Wo es Veränderungen gab, waren sie meist negativ. Zwischen 2020 und 2025 verzeichneten rund 57 Prozent der Länder bei mindestens einem zentralen Demokratieindikator einen Rückgang. In den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Repräsentation und Rechte kam es zu weitreichenden Verschlechterungen.

Dieser weltweite Rückgang betraf besonders zentrale Grundpfeiler der Demokratie: Die Unabhängigkeit der Justiz fiel auf den niedrigsten Stand seit 36 Jahren. Glaubwürdige

INTERNATIONAL IDEA PRESSEMITTEILUNG

Wahlen erreichten einen 30-Jahres-Tiefstand. Auch Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und der Zugang zur Justiz lagen auf dem niedrigsten Stand seit mehr als drei Jahrzehnten.

2025 war das elfte Jahr in Folge, in dem sich die demokratische Entwicklung in mehr Ländern insgesamt verschlechterte als verbesserte. Damit hält der längste ununterbrochene Abwärtstrend seit Beginn der Aufzeichnungen von International IDEA im Jahr 1975 an, so der Bericht.

Fast die Hälfte der 30 Indikatoren, mit denen International IDEA den Zustand der Demokratie in den USA misst, fiel auf den niedrigsten Stand seit Beginn des GSoD-Datensatzes (Global State of Democracy) im Jahr 1975. Dazu zählen der Zugang zur Justiz, wirtschaftliche Gleichheit, ein wirksames Parlament, Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und die Unabhängigkeit der Justiz.

Der Bericht warnt, dass diese Erosion – teilweise bedingt durch die Konzentration von Exekutivgewalt – die Gewaltenteilung und die Kontrollmechanismen in den USA schwächt und zugleich weltweit das Vertrauen in den Multilateralismus und die Rechtsstaatlichkeit auf internationaler Ebene untergräbt.

In einem Sonderteil zu gewaltsamen Konflikten kommt der Bericht zu dem Ergebnis, dass der jüngste Rückgang der Zahl und Qualität von Demokratien den „demokratischen Frieden“ gefährdet, der aus Jahrzehnten der Demokratisierung hervorgegangen ist. Rückschritte bei der demokratischen Entwicklung haben die Zahl der Länder erhöht, die zwar über einige demokratische Verfahren verfügen, in denen es aber an echtem politischem Wettbewerb oder durchsetzbaren Rechten fehlt. Die Daten zeigen, dass das Konfliktrisiko in diesen Ländern besonders hoch ist.

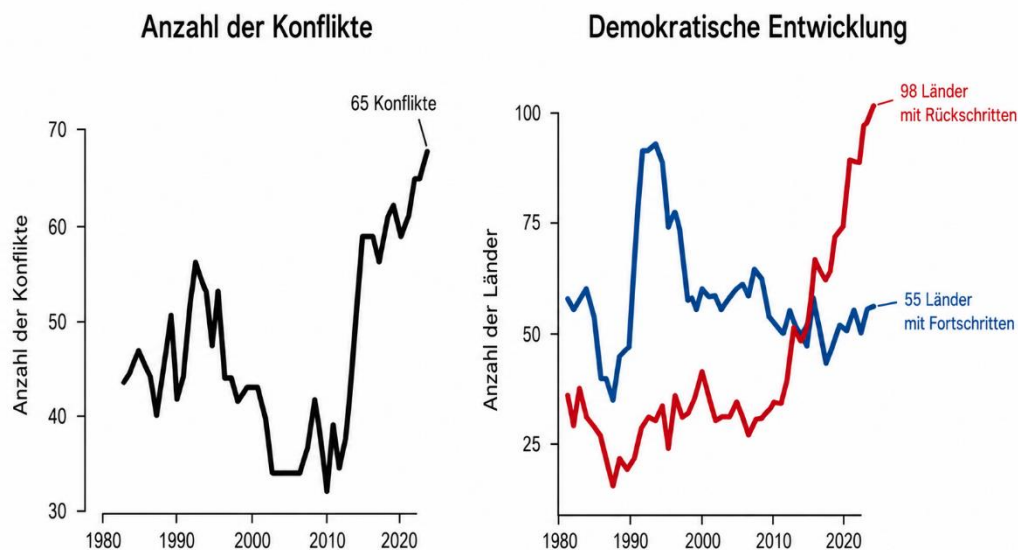
Dem Bericht zufolge sollten Regierungen die Demokratieförderung im Ausland zu einer Priorität der nationalen Sicherheit machen, denn stärkere demokratische Systeme können dazu beitragen, Konfliktrisiken zu verringern. Schon geringe Investitionen in die Demokratieförderung können erhebliche Verbesserungen für Frieden und Regierungsführung bewirken– und das zu geringeren Kosten als militärische Maßnahmen.

„Der Rückgang der Demokratie betrifft längst nicht mehr nur unsere politischen Rechte auf nationaler Ebene; er verändert die Voraussetzungen für Frieden und Sicherheit weltweit“, sagte Casas-Zamora. „In Demokratie zu investieren bedeutet auch, in Frieden zu investieren.“

INTERNATIONAL IDEA PRESSEMITTEILUNG

Der Bericht hebt auch positive Entwicklungen hervor. Fortschritte bleiben jedoch fragil, insbesondere in Ländern im politischen Übergang wie Bangladesch, Nepal, Polen, Sri Lanka und Syrien. Dort haben öffentliche Mobilisierung und die Zivilgesellschaft zur demokratischen Erneuerung beigetragen.

In Syrien, wo sich die Werte in den Bereichen Rechte, Rechtsstaatlichkeit und politische Beteiligung verbesserten, waren die Fortschritte bei den Indikatoren für die Zivilgesellschaft besonders deutlich. Zwar bestehen weiterhin ernste Herausforderungen bei Sicherheit, Rechten und der Zentralisierung von Macht. Doch die stärkere Achtung der Vereinigungs- und Meinungsfreiheit hat diesen Gruppen mehr Handlungsspielraum verschafft. Auch in stabileren Ländern wie Australien verbesserten sich die Indikatoren für die Beteiligung der Zivilgesellschaft.



Quelle: Uppsala Conflict Data Program für die Daten im linken Teil der Grafik und GSoDI v10 für die Daten im rechten Teil der Grafik.

Wichtigste Ergebnisse

- Die Rechtsstaatlichkeit schnitt insgesamt am schwächsten ab. 71 Länder (41 Prozent) der insgesamt 173 bewerteten Länder lagen im unteren Leistungsbereich. In dieser Kategorie wurden auch mehr Rückgänge verzeichnet als in jeder anderen Kategorie: In 29 Ländern (17 Prozent) gab es Rückschritte. Die Unabhängigkeit der Justiz war besonders stark betroffen.

INTERNATIONAL IDEA PRESSEMITTEILUNG

- In der Kategorie Rechte war die Meinungsfreiheit am häufigsten von Rückschritten betroffen: Sie verschlechterte sich in 42 Ländern (24 Prozent) aller bewerteten Länder. Auch die Pressefreiheit verschlechterte sich deutlich – in 23 Prozent der Länder. Der Zugang zur Justiz ging in 18 Prozent der Länder zurück. Dies unterstreicht den wachsenden Druck auf zentrale demokratische Rechte und Schutzmechanismen.
- Repräsentation bleibt weltweit die stärkste Kategorie der demokratischen Entwicklung. Der Gesamttrend ist jedoch weiterhin negativ: Zwischen 2020 und 2025 wurden 17 Rückgänge und nur vier Verbesserungen verzeichnet. Dies spiegelt eine Verschlechterung sowohl der Wahlintegrität als auch der parlamentarischen Kontrolle wider. Der Indikator Glaubwürdige Wahlen verschlechterte sich weltweit in fast jedem fünften Land (32 Länder, bzw. 18 Prozent), der Indikator Wirksames Parlament in 33 Ländern (19 Prozent).
- Auf afrikanische und europäische Länder entfielen die größten Anteile der Rückgänge (33 bzw. 27 Prozent aller Rückgänge), während Asien und der Pazifikraum die meisten Fortschritte verzeichneten.

Hintergrund

Der GSoD-Bericht 2026 bewertet die demokratische Entwicklung von Ländern anhand von vier zentralen Kategorien, statt eine einzige Gesamtklassifizierung vorzunehmen. Diese vier Kategorien sind:

- Repräsentation – etwa glaubwürdige Wahlen und wirksame parlamentarische Kontrolle.
- Rechtsstaatlichkeit – etwa die Unabhängigkeit der Justiz und das Ausmaß, in dem Menschen vor politischer Gewalt geschützt sind.
- Rechte – etwa Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und Versammlungsfreiheit.
- Politische Beteiligung – etwa in welchem Maß sich Bürgerinnen und Bürger während und zwischen Wahlen an demokratischen Prozessen beteiligen.
- Diese vier Kategorien sind in 17 Faktoren unterteilt, darunter glaubwürdige Wahlen und die Unabhängigkeit der Justiz. Einzelheiten zur [Forschungsmethodik finden sich hier](#).

INTERNATIONAL IDEA PRESSEMITTEILUNG

Regionen

Afrika und Westasien

In Afrika und Westasien überwogen zwischen 2020 und 2025 die demokratischen Rückschritte. Sie betrafen vor allem glaubwürdige Wahlen, ein wirksames Parlament, den Zugang zur Justiz und bürgerliche Freiheiten. Westafrika gab weiterhin besonderen Anlass zur Sorge: Von Militärs geführte Regierungen in Burkina Faso und Niger festigten ihre Macht weiter und schränkten politische Freiheiten ein. Andernorts gab es jedoch Anzeichen für Fortschritte. Der politische Übergang in Syrien brachte Verbesserungen bei mehreren Demokratieindikatoren; auch Gabun und Gambia verzeichneten Fortschritte.

Europa

Europa blieb insgesamt die demokratisch stärkste Region der Welt, doch die Belastungen nahmen zu. Die meisten Rückschritte betrafen bürgerliche Freiheiten, den Zugang zur Justiz und glaubwürdige Wahlen. Auch die Meinungs- und Pressefreiheit verschlechterte sich in mehreren etablierten Demokratien. Die Rückgänge konzentrierten sich auf Länder wie Georgien, Russland und der Slowakei, während unter anderem Polen und Tschechien Fortschritte bei demokratischer Regierungsführung und institutioneller Rechenschaftspflicht verzeichneten.

Nord-, Mittel- und Südamerika sowie die Karibik

Außerhalb der Vereinigten Staaten blieb die demokratische Entwicklung in Nord-, Mittel- und Südamerika sowie in der Karibik weitgehend stabil. Die meisten Länder lagen in allen demokratischen Kategorien weiterhin im mittleren Leistungsbereich. Politische Polarisierung, Desinformation und sinkendes Vertrauen der Öffentlichkeit in Institutionen prägten jedoch weiterhin das regionale Bild. Demokratische Fortschritte gab es unter anderem in Brasilien, Guatemala und Honduras. In mehreren Ländern blieben demokratische Rückschritte, organisierte Kriminalität und Herausforderungen bei der Regierungsführung zugleich Anlass zur Sorge.

Asien und der Pazifikraum

Insgesamt gab es etwas mehr Rückschritte als Fortschritte, doch ein Großteil der Rückschritte entfiel auf Afghanistan und Myanmar. Ohne diese beiden Länder verzeichnete die Region mehr Fortschritte als Rückschritte. Besonders deutlich waren die demokratischen Verbesserungen in Bangladesch und Sri Lanka. Gleichzeitig gaben



INTERNATIONAL IDEA PRESSEMITTEILUNG

Rückgänge bei der Wahlintegrität und der Unabhängigkeit der Justiz sowie eine zunehmende Konzentration der Exekutivgewalt in mehreren Ländern der Region weiterhin Anlass zur Sorge.

WICHTIGE LINKS ZUR VERÖFFENTLICHUNG

[Veranstaltungsseite](#)

[Anmeldeformular](#)

[Livestream der Veranstaltung auf YouTube](#)

Hashtag für soziale Medien: **#GSoD2026**

PRESSEANFRAGEN

Der Generalsekretär von International IDEA, **Kevin Casas-Zamora**, steht für schriftliche und audiovisuelle Interviews zur Verfügung. Auch unsere [regionalen Expertinnen](#) und Experten stehen den Medien für Interviews zur Verfügung.

Für Presseanfragen wenden Sie sich bitte an: **Alistair Scrutton**, Head of Communications and Publications, a.scrutton@idea.int, Tel.: 0046 707 21 10 98

International IDEA

Das International Institute for Democracy and Electoral Assistance (International IDEA) ist eine zwischenstaatliche Organisation mit 35 Mitgliedstaaten und dem alleinigen Auftrag, Demokratie weltweit zu unterstützen und voranzubringen. International IDEA trägt zur öffentlichen Debatte über Demokratie bei und unterstützt Prozesse, Reformen, Institutionen und Akteure dabei, Demokratie aufzubauen, weiterzuentwickeln und zu schützen. Im Mittelpunkt stehen Wahlprozesse, Verfassungsgebung, die Bewertung von Demokratie sowie politische Beteiligung und Repräsentation. Geschlechtergerechtigkeit und Inklusion, Konfliktsensibilität und nachhaltige Entwicklung sind Querschnittsthemen unserer gesamten Arbeit.

International IDEA zählt weltweit zu den vertrauenswürdigsten Quellen für Daten und Analysen zum Zustand der Demokratie.



INTERNATIONAL IDEA PRESSEMITTEILUNG

Bleiben Sie mit uns im Austausch!

Weitere Informationen finden Sie unter www.idea.int

LinkedIn: <https://www.linkedin.com/company/international-idea>

Facebook: <https://www.facebook.com/InternationalIDEA>

X: https://x.com/Int_IDEA

Bluesky: <https://bsky.app/profile/internationalidea.bsky.social>